Beschluss (vorläufig) 3 - Zukunft durch Bildung

Gremium:	LDK Siegen
Beschlussdatum:	10.12.2021
Tagesordnungspunkt:	3. Programm zur Landtagswahl 2022

Text

Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt: Das ist unser Versprechen! Die Corona-Pandemie hat vor allem die Jüngsten besonders hart getroffen. Menschlich, sozial und beim Lernen ist viel auf der Strecke geblieben. Dabei ist Bildung ein Schlüssel dazu, dass alle Menschen ein erfülltes Leben in einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen Welt leben können.

Unsere Kinder sind unsere Zukunft – sie verdienen Bildung auf der Höhe der Zeit. Die Welt wandelt sich. Sie wird digital und global, erfordert Teamwork und die Fähigkeit, neue Probleme zu lösen. Wie sollen Bildungseinrichtungen Schritt halten, wenn nicht einmal das WLAN funktioniert und die Deutschlehrerin wieder nur einen Halbjahresvertrag bekommt? Wir investieren deshalb in Gebäude, in digitale Ausstattung und vor allem in gut ausgebildete Menschen, die im Bildungssystem arbeiten und mit vollem Einsatz einfühlsam Gestaltungskompetenzen vermitteln. Wir investieren gemeinsam mit Unternehmen in Orte der modernsten beruflichen Bildung. Junge Menschen wollen die Welt erkunden und lernen – sorgen wir dafür, dass sie ihre Potenziale zur Entfaltung bringen können!

Bildungsgerechtigkeit erreichen wir nur durch gute Bildung von Anfang an. Gerade in den frühen Jahren wird der Grundstein für das spätere Leben gelegt. Unser Bildungssystem muss dabei allen dieselben Chancen geben und akzeptieren, dass unsere Gesellschaft immer unterschiedlicher und herausfordernder wird. Kitas und Schulen mit besonderen Herausforderungen verdienen dabei unsere besondere Unterstützung. Das ist auch wichtig, damit Bildungserfolg und sozialer Aufstieg nicht mehr abhängig sind von Elternhaus, Herkunft und Postleitzahl.

Alle sollen selbst entscheiden, welchen Bildungsweg sie einschlagen. Ausbildung oder Studium dürfen nicht zum finanziellen Risiko werden, sondern verdienen gesellschaftliche Unterstützung – gebührenfrei, mit günstigen Bus- und Bahntickets, Assistenzen für Menschen mit Behinderung und bezahlbarem Wohnraum. Längst ist es normal, die Entscheidung für einen Beruf nicht mehr für das ganze Leben zu treffen. Mit mehr Weiterbildung in jeder Lebensphase schaffen wir Halt im Wandel.

Die nordrhein-westfälische Hochschullandschaft ist so dicht und vielfältig wie in kaum einer anderen Region, sie steht für Exzellenz und gesellschaftliche Verantwortung. Forschende und Studierende gestalten den Wandel ganz entscheidend mit. Wir stehen für freie Hochschulen, an denen hochwertige Lehre, gute Arbeitsbedingungen und exzellente Forschung Hand in Hand gehen.

Wir fördern Bildung von Anfang an

Mehr Chancen für alle Kinder – frühkindliche Bildung ausbauen

Kinder brauchen Kinder. Gemeinsam mit Gleichaltrigen in der Kita oder Kindertagespflege zu spielen, zu singen, zu essen und sich auszuprobieren macht Kindern Freude und trägt zu einer guten Entwicklung bei. Wir werden jedem Kind ab dem ersten Lebensjahr ein gutes Angebot für frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung machen. Dafür werden wir die frühkindliche Bildung in NRW ausbauen und qualitativ weiterentwickeln. Gute pädagogische Arbeit braucht qualifizierte Fachkräfte und Qualität braucht Zeit. Wir beteiligen in einemintensiven fachlichen Austausch Erzieher*innen und Träger zu Fragen der Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Qualität der Bildungsarbeit. Die Personalkapazitäten müssen so berechnet werden, dass sie die alltäglichen Anforderungen und die Arbeitsrealität in den Kitas auch wirklich abbilden. Erzieher*innen brauchen Zeit für Fortbildungen, Urlaubstage müssen einberechnet werden und auch Krankheitsfälle dürfen nicht zu alltäglicher Personalknappheit führen. Die Kita-Leitung braucht Zeit, die Organisation der Einrichtung zu regeln, die pädagogische Arbeit zu begleiten und in Netzwerken mit den umliegenden Grundschulen/Familienbildungsstätten und dem Jugendamt zusammenzuarbeiten. Wie viele Kinder pro Erzieher*in betreut und wie viel Zeit für Leitungsaufgaben sowie Fortbildung gebraucht werden, werden wir anhand wissenschaftlicher Standards neu regeln. Zur Entlastung der Erzieher*innen und Kita-Leitungen werden wir auch Verwaltungsstellen und Hauswirtschaftskräfte in den Kitas finanzieren. Der Mix aus ausgebildeten Erzieher*innen und studierten Kindheitspädagog*innen macht ein gutes Betreuungsteam aus. Die Ausbildungs- und Studienplätze an den Berufsschulen und Hochschulen werden wir dem Bedarf in der Berufspraxis entsprechend ausbauen. Wir möchten die Kindertagespflege in NRW bedarfsgerecht ausbauen und setzen uns dafür ein, dass auch die Fachberatungsstellen für Kindertagespflege hinreichend ausgestattet und für ihre vielfältigen Aufgaben gut qualifiziert sind.

Gute Bildung von Anfang an - Qualität in der Kindertagesbetreuung verbessern

In den ersten Jahren der Kindheitsentwicklung geschieht unglaublich viel. Kinder lernen krabbeln, machen die ersten Schritte und beginnen Wörter so lange auszusprechen, bis der erste Satz sitzt. Die frühkindliche Bildung legt den Grundstein für faire Bildungschancen. Wir wollen Kinder in ihrem Recht auf gesunde Entwicklung und Beteiligung von Beginn an stärken. Kinder wollen ihren Alltag und ihre Lebenswelt mitgestalten. Wir unterstützen Kitas und Kindertagespflege bei der Umsetzung von Beteiligungskonzepten. Wir unterstützen Einrichtungen dabei, alle Kinder in ihren Bedarfen zu stärken und sie in ihrer Entwicklung zu begleiten. Die ersten Jahre sind die wichtigsten für die sprachliche, motorische und kognitive Entwicklung. Sprachmittler*innen, Logopäd*innen und Therapeut*innen sollen von den Kitas unbürokratisch ins Team einbezogen werden. Daneben ist die Mehrsprachigkeit Teil der Lebensrealität von vielen Kindern. Sie wollen wir in den Kitas fördern. Bewegung und gesunde Ernährung sind elementar für die kindliche Entwicklung. Deshalb möchten wir die

Bewegungs- und Gesundheitsförderung von Kindern in Kitas, Schulen und Kindertagespflege besonders stärken. Für flächendeckende Programme der gesundheitlichen Bildung an Kitas und Schulen sollen lokale Netzwerke aufgebaut werden, etwa zwischen dem Öffentlichen Gesundheitsdienst, Ärzt:innen, Krankenkassen und Sportvereinen. Eine qualitativ hochwertige Mittagsverpflegung wird in Kitas und der Kindertagespflege mit uns beitragsfrei. Kitas in einem Umfeld, in dem viele Familien erschwerte Startbedingungen haben, verdienen besondere Förderung. Deshalb werden wir die „plusKitas“ bedarfsgerecht ausbauen und stärken, indem wir zusätzlich Kita-Sozialarbeiter*innen-Stunden fördern. Die kulturelle Bildung in Kitas werden wir stärken, damit kulturelle Bildung auch im Vorschulalter keine Frage des Geldbeutels der Eltern ist.

Mehr Erzieher*innen in die Kitas

Gute Bildung braucht gute Fachkräfte. Wir wollen Kitas, die die besten Bedingungen für unsere Kleinsten und gute Arbeitsbedingungen für unsere Fachkräfte bieten. Für qualitativ und quantitativ gut ausgestattete Kitas brauchen wir deutlich mehr Fachkräfte. Damit die Erzieher*innen ausreichend Zeit für die Kinder haben, muss auch die Tatsache einbezogen und berechnet werden, dass die Kräfte auch einmal krank werden, Urlaub machen oder sich fortbilden. Das wird uns durch die Umsetzung eines Bündels von Maßnahmen gelingen: der Beruf eine*r Erzieher*in braucht Wertschätzung. Der Beruf ist verantwortungsvoll, und das sollte sich in den Arbeitsbedingungen und der Vergütung widerspiegeln. Klar ist auch, dass wir Fachkräfte ausbilden müssen. Die Ausbildungskapazitäten müssen wir steigern. Die Zahl der Studienplätze an den Hochschulen im Fach Erziehungswissenschaften muss dem Bedarf in der Berufspraxis gerecht werden. Dabei wollen wir auch unterschiedliche Zugänge zum Beruf ermöglichen. Die praxisintegrierte Ausbildung (PiA) wird gut angenommen und soll ausgebaut werden. Dabei sind Teilzeitausbildungen zu ermöglichen. Außerdem wollen wir Kitas, die ausbilden, mehr Mittel geben.

Die Kita von heute muss die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen sollte deshalb praktikabel sein. Zudem gibt es an den Kitas noch immer zu wenig männliche Erzieher. Mit gezielter Ansprache wollen wir sie für diesen Beruf gewinnen. Dazu legen wir ein Programm speziell für Jungs auf, dass sie insbesondere im Rahmen der Berufswahlorientierung und den Betriebspraktika an soziale Berufe heranführen soll. Auch sind Menschen mit anderen Berufserfahrungen für das Team wertvoll. Der Quereinstieg in den Beruf der Erzieher*in muss qualitativ hochwertig ausgerichtet sein aber auch unkomplizierter werden. Wir werden die praxisintegrierte Ausbildung „PIA“ zur Fachkräftegewinnung fördern. Den Alltags-Helfer*innen, die zu Corona-Zeiten in den Kitas eingesetzt wurden, wollen wir durch Weiterqualifizierung das Angebot machen, in den Kitas zu bleiben. Zur Entlastung der pädagogischen Fachkräfte ist das Alltagshelferprogramm kurzfristig ein wichtiger Beitrag und soll zunächst fortgeführt werden.

Wir stellen Kinder, Jugendliche und Familien in den Mittelpunkt

Kinder und Jugendliche haben was zu sagen – beteiligen wir sie

Wie sollte der Spielplatz vor Ort ausgestaltet sein? Wann fährt der Bus zurück nach Hause? Was ist das nächste Bauprojekt der Stadt? Kinder und Jugendliche sind von politischen Entscheidungen direkt betroffen. Wir wollen sie in die Gestaltung ihrer Umgebung einbeziehen. Denn sie sind die Expertinnen und Experten für ihre Lebenswelt. Aus diesem Grund werden wir die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung stärken und verbindlich regeln. Die Kommunen unterstützen wir dabei, Befragungen von Kindern und Jugendlichen durchzuführen, um ihre Belange vor Ort besser wahrzunehmen. Auch von der Landespolitik sind junge Menschen direkt betroffen. Daher soll der Jugendcheck für Gesetzesvorhaben durch ein regelmäßiges Jugend-Monitoring zu den Auswirkungen politischer Entscheidungen auf junge Menschen ergänzt werden. Zudem stärken wir kommunale Jugendparlamente, sichern die Beteiligung von Jugendlichen durch eine Stärkung des Landesjugendrings. Gemeinsam mit den Jugendverbänden und unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erarbeiten wir eine Beteiligungsstrategie auf Landesebene. Kinder und Jugendliche haben das Recht, über ihre Zukunft mitzuentscheiden. Deshalb setzen wir uns für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein. Auf Basis einer Evaluation des Wahlalters 16 wollen wir das Wahlalter ggf. weiter absenken.

Für eine eigenständige und inklusive Jugendarbeit

Kinder und Jugendliche lernen nicht nur auf den Schulbänken. Auch die Kinder- und Jugendarbeit hat einen starken Einfluss auf ihre Persönlichkeitsentwicklung. Junge Menschen brauchen Freiräume, um sich auszuprobieren und eigene Erfahrungen zu machen. Demokratie, Antirassismus, Geschlechtergerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte sind zentrale Themen der Jugendverbandsarbeit und der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Hier wird unmittelbar erfahrbar, wie sich Gesellschaften gestalten und gleichzeitig wird die eigene Identitätsentwicklung unterstützt. Wir werden bewährte Projekte der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit strukturell verankern. Die Jugendarbeit vor Ort ist kein zusätzliches, sondern ein notwendiges Angebot. Daher werden wir die Kommunen dabei unterstützen, die Kinder- und Jugendarbeit und die Offene Kinder- und Jugendarbeit allen Kindern und Jugendlichen diskriminierungsfrei zur Verfügung zu stellen. Den Kinder- und Jugendförderplan machen wir inklusiv. Unser Ziel: Die Kinder- und Jugendarbeit ist offen für alle Kinder und Jugendlichen und bildet unsere vielfältige Gesellschaft ab. Wir werden die erforderlichen Mittel bereitstellen, damit Angebote der Kinder- und Jugendarbeit barrierefrei gestaltet werden können.

Queere Jugendzentren sichern und ausbauen

Wir wollen queere Jugendarbeit nachhaltig fördern. Hier wollen wir ein besonderes Augenmerk auf die ländlichen Räume legen und eine Intersektionalität legen. Die Arbeit von Queeren Zentren und Jugendzentren muss überregional

gedacht und im Landesförderplan langfristig abgesichert werden, da diese einen Anzugspunkt für queere Menschen in den Regionen bilden.

Mehr Familienzentren für NRW

Eltern wollen nur das Beste für ihre Kinder. Dadurch entstehen auch viele Fragen und Unsicherheiten, aber auch einfach das Bedürfnis nach Austausch. Kitas, die zu Familienzentren weiterentwickelt wurden, sind solche Orte des Austauschs, der Weiterbildung und einer niedrigschwelligen Unterstützung von Eltern. Wir wollen Kitas und Träger auf dem Weg der Familienzentren unterstützen und diesen möglichst bürokratiearm gestalten.Die Fragen, die Eltern haben, hören nach der Kita nicht auf. Im Gegenteil: Der Übergang von der Kita zur Grundschule und die Unterstützung von Familien, die Grundschulkinder haben, ist ebenso wichtig. Grundschulen werden wir daher zu Orten der Bildung, Beratung, Begegnung und Unterstützung von Familien weiterentwickeln. Die Vernetzung der Kita- und Grundschulfamilienzentren mit anderen Einrichtungen im Stadtteil, in dem Eltern leben, führt zu einer ganzheitlichen Beratung und Hilfestellung. Um dies zu erreichen, wollen wir die Familienbildung, Familienpflege und die Familienberatung in NRW stärken. Wir setzen uns für eine Familienbildung ein, die von den Kindern, Jugendlichen und Eltern mitgestaltet wird.

Mehr Zeit für die Familie

Morgens das eine Kind zur Kita bringen, das andere in die Schule und dann auch noch rechtzeitig am Arbeitsplatz sein. Nach dem Feierabend dann schnell die Kinder vor Kita- und Schulschluss abholen: Junge Familien geraten bei der Organisation ihres Alltags immer mehr unter Zeitdruck. Das ist der Grund dafür, dass wir kommunale Zeitbüros fördern wollen, in denen ermittelt wird, welche Betreuungsszeiten Eltern und Kinder brauchen und wo Busfahrpläne so optimiert werden, dass sie den Familien mit Kindern in den Stoßzeiten helfen. Entsprechend können die Zeitbedürfnisse von Bürger*innen, Unternehmen, ÖPNV-Anbietern, Schulen, Kitas und Dienstleistern besser abgestimmt werden. Klar ist aber auch, dass Arbeit und Familie vereinbar sein müssen. Dabei sind auch die Arbeitgeber*innen gefordert. Daher werden wir das Netzwerk „Familienfreundliches Unternehmen@NRW“ gründen, um einen Austausch zwischen den Unternehmen, Wissenschaftler*innen, Verbänden und Politik zu fördern. Auch die öffentliche Verwaltung hat bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Vorbildfunktion, weshalb wir sie familienfreundlich gestalten werden.
Die Vernetzung der Kita- und Grundschulfamilienzentren mit anderen Einrichtungen im Stadtteil, in dem Eltern leben, führt zu einer ganzheitlichen Beratung und Hilfestellung. Um dies zu erreichen, wollen wir die Familienbildung, Familienpflege und die Familienberatung in NRW stärken. Wir setzen uns für eine Familienbildung ein, die von den Kindern, Jugendlichen und Eltern mitgestaltet wird.
Trennung und Scheidung führen häufig zu individuellen Belastungen von Kindern und Erwachsenen. Wir stärken Familienbildung und -beratung auch bei der Unterstützung von Familien in und nach einer Trennung, auch bei Themen wie der Aufteilung von Sorgearbeit.

Bessere Bedingungen für Alleinerziehende

Es gibt viele Familienformen – Kinder allein zu erziehen ist eine davon. Die Anforderungen an alleinerziehende Eltern sind groß. Sie sind besonders auf eine verlässliche Infrastruktur angewiesen, die es ihnen ermöglicht, Familie und Erwerbsarbeit gut vereinbaren zu können. Deshalb werden wir die Kinderbetreuung in Randzeiten ausbauen und Projekte fördern, bei denen Kinder in den Randzeiten in ihrem Zuhause betreut werden. Wenn ein Kind einen Notfall hat oder ins Krankenhaus muss, möchten Eltern bei ihrem Kind sein. Gibt es aber weitere (jüngere) Kinder, dürfen diese nicht immer mitgebracht werden, brauchen aber Betreuung. Auch hierfür ermöglichen wir eine Betreuung in Notsituationen. Alleinerziehende, die behördliche Angelegenheiten regeln müssen, brauchen Hilfe aus einer Hand. Wir werden kommunale Familienberatungsstellen und freie Träger fördern, die Alleinerziehenden schnell und effizient helfen. Was Alleinerziehende aber auch dringend benötigen, ist Stressabbau. Daher werden wir Erholungs- und Gesundheitsprogramme fördern.

Regenbogenfamilien unterstützen

Familie ist für uns dort, wo Kinder sind oder Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Egal ob Mutter-Vater-Kind Familie, lesbische Mütter, schwule Väter, trans*-, inter- und Regenbogeneltern mit Kinderwunsch – Familien in NRW sind vielfältig und bunt. Und so vielfältig sind auch die Fragen, mit denen Regenbogenfamilien konfrontiert sind. Dabei brauchen Regenbogenfamilien eine fachkundige Beratung und Begleitung durch geschulte Menschen, denen die verschiedensten Familienkonstellationen samt den rechtlichen Hürden vertraut sind und die vorbehaltlos Hilfestellung geben können. Deswegen ist eine „Landeskoordinationsstelle Regenbogenfamilien“ dauerhaft zu garantieren und personell angemessen auszustatten. Immer noch erfahren Regenbogenfamilien Ausgrenzung. Deswegen braucht es eine Koordination von Fort- und Weiterbildungen von Mitarbeiter*innen in Behörden und Familienberatungsstellen.

Wir investieren in Schulen und Ausbildung

Bildungsaufbruch in unseren Schulen

Schon lange kennen wir die Herausforderungen, vor denen Schüler*innen, Eltern und alle, die in Schulen arbeiten, stehen. Unser Schulsystem ist unterfinanziert, es fehlt an gut ausgestatteten und modernen Räumlichkeiten und entsprechenden Lernmitteln. Schüler*innen sind teils massivem Leistungsdruck und hoher, psychischer Belastungen ausgesetzt. Der Lernerfolg der Schüler*innen ist abhängig von ihrer Herkunft, Bildungsnähe und der Finanzkraft ihrer Eltern. Wir sehen im gemeinsamen Lernen aller Kinder und damit in den integrierten Schulformen die größten Chancen, Kinder auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten und mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. An dem Ziel einer Schule, an der alle Kinder willkommen sind und gemeinsam lernen, halten wir fest.

Die Corona-Pandemie hat alle bekannten Probleme noch verschärft, viel Unsicherheit erzeugt und große Schäden an Körper und Seele vieler Kinder und

Jugendlicher verursacht. Sie mussten am meisten verzichten und tragen schwer an den Folgen der Pandemie. Menschlich und fachlich ist seit Anfang 2020 viel verloren gegangen, was selbst über die Maße engagierte Pädagoginnen und Pädagogen allein nicht auffangen können. Jetzt geht es darum, der Schule ihren Sinn und ihre Seele zurückzugeben und die Probleme beherzt anzugehen. Wir wollen, dass unsere Kinder sich in ihrer Schule wohlfühlen und dort wieder gerne leben und lernen. Dies bedeutet für die gesamte Gesellschaft einen enormen Kraftakt – den wir im besten Sinne begleiten und gestalten wollen. Wir wollen den Schulen wieder Verlässlichkeit geben und klare Zielperspektiven für die Qualitätsentwicklung und setzen dafür die notwendigen Standards.

Wir wollen die durch die Grundgesetzänderung ermöglichte Kooperation zwischen Bund und Ländern nutzen, um künftig Investitionsprogramme, etwa für Sanierung und Neubau an besonders herausfordernden Standorten, auf den Weg zu bringen und auch personelle Unterstützung z.B. beim Ganztag, bei der Inklusion und Sozialarbeit zu verstärken. Wir wollen die Kommunen bei der Sanierung und Modernisierung ihrer Schulen unterstützen – und zwar nicht nur mit neuen Krediten, sondern auch bei der Tilgung wie schon beim Programm „Gute Schule 2020“. Die Aufgabenverteilung bei der Steuerung von Schulentwicklungsplanungen und bei der Finanzierung von Schulen zwischen Land und Städten und Gemeinden wollen wir gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden neu verabreden. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Investitionsmittel, die Schulbudgets für Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren sowie die zusätzlichen Stellen für Schulsozialarbeit werden wir nach sozialen Kriterien verteilen, damit sie vor allem dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Eine mögliche Initiative des Bundes zur Änderung des Grundgesetzes zur Verbesserung der Bund-Länder-Kooperation in der Bildung werden wir unterstützen.

Die Grundschulen legen wichtige Grundlagen für den weiteren Bildungsweg – ihre Arbeit wollen wir besonders fördern. Wenn Kinder zwischen dem 1.7. und 30.9. geboren sind, wollen wir den Eltern die Entscheidung über die Einschulung überlassen. Wir wollen unsere Schulen fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts machen und Innovation ermöglichen. Dafür werden wir unseren Schulen mehr pädagogische Freiheit geben, denn sie wissen selbst am besten, was ihre Schüler*innen brauchen. Dazu fördern wir das Lernen in Projekten und jenseits von Fachgrenzen, ermöglichen den Schulen, mit Alternativen zum klassischen Notensystem und stärken eine Feedbackkultur auch durch die Schüler*innen. Zur pädagogischen Freiheit gehören auch mehr Entscheidungskompetenzen in Personalfragen für die Schulen, mehr Ressourcen, mehr Unterstützung und ein Förderprogramm bei der Schulentwicklung. Innovative Schulentwicklung wie in den „Primusschulen“ soll schulgesetzlich verankert werden.

Modern, digital, vielfältig: Eine Schule, die auf die Zukunft vorbereitet

Die Herausforderungen für und die Erwartungen an Schule und Bildung steigen stetig. Die Welt ist im Wandel und ein Großteil der Schulkinder von heute wird zukünftig in Berufen arbeiten, die wir jetzt noch nicht kennen. Für das Verständnis von und den Umgang mit dieser grundlegende Transformation ist Bildung ein Schlüssel. Dabei sind Informatik-Kompetenzen die Grundlage für soziale Teilhabe und gesamtgesellschaftlichen Fortschritt in der digitalen Gesellschaft. Darauf muss Schule reagieren.

Wir sorgen dafür, dass informatische Grundlagen für alle und das Lernen mit digitalen Medien in allen Schulen in NRW funktionieren kann und zur Selbstverständlichkeit im Schulalltag wird. Dabei fördern wir insbesondere die Medienkompetenz der Schüler*innen. Damit dies möglich ist, statten wir alle Schüler*innen und Lehrer*innen mit mobilen Geräten aus und sichern diese Ausstattung langfristig ab. Wir wissen um die enorme Aufgabe, auch die Lehrkräfte hierfür fit und mit neuen Medien und Techniken vertraut zu machen und dies in den laufenden Schulbetrieb zu integrieren. Deshalb wollen wir in den nächsten fünf Jahren eine Fortbildungsoffensive für alle, die in unseren Schulen arbeiten, durchführen.

Wir werden wir den Mittelabfluss des Digitalpakts beschleunigen und die Erarbeitung des vom Bund geplanten Digitalpakts 2.0 eng begleiten und seine schnelle Umsetzung in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den Kommunen organisieren.
Auch der Umgang mit der gesellschaftlichen Realität von Mehrsprachigkeit, Inklusion, unterschiedlicher Herkunft und Hintergründen der Schüler*innen verlangt spezielle Fertigkeiten und Kenntnisse. Und schließlich gilt es, auch unser Wertesystem, unsere Demokratie zu stärken und unsere Umwelt und unser Klima zu schützen. Wir unterstützen die Initiative SoWi bleibt für Schulen und Hochschulen und werden den Fokus an Schulen noch stärker auf die Bereiche Politik, Sozialwissenschaften und Gesellschaft legen.
Wir werden außerdem Schwerpunkte im Bereich „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“, „Antidiskriminierung“ und „Politische Bildung“ legen und die Weichen dafür stellen, dass außerschulische Bildungsangebote und -orte verstärkt genutzt werden. Wir fördern kurz- und langfristige Austauschbegegnungen in allen Schulformen. Lehrkräfte sollen bei der Etablierung und Durchführung von Austauschprojekten unterstützt werden.
Wir fördern die Mehrsprachigkeit und das Erlernen von Sprachen in den Schulen und stärken damit die europäische und internationale Sprachfähigkeit und Verständigung. Die Schule der Zukunft setzt vermehrt auf Gestaltungskompetenzen statt auf reines Faktenwissen. Die Mitwirkung von Schüler*innen- und Elternvertretung soll auf der kommunalen Ebene verankert werden.

Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche in der Schule eine gesunde und bewusste Ernährung praktisch erleben und einüben können, ohne die Eltern finanziell zu belasten. Deshalb werden wir Schulen und Schulträger mithilfe von Förderprogramen dabei unterstützen, Schulverpflegung gesünder und nachhaltiger zu machen.

Wir wollen die niedrigschwellige Beratung von Eltern stärken, die auch die pädagogischen Leistungen von Schulen einbezieht. Die Intensivierung und Institutionalisierung der schulischen Wirkungsforschung und Sozialindizes im Rahmen von regionaler bzw. lokaler Bildungsberichterstattung streben wir an.

Wir bringen mehr Personal in die Schule

Ausfallender Unterricht, Lehrkräftemangel in vielen Fächern und Schulen am Kapazitätslimit – nicht erst die Corona-Pandemie zeigt, dass unser Schulsystem auf Kante genäht ist. Deshalb muss endlich Schluss sein mit unbesetzten Stellen und Flickschusterei statt echter Vorsorge und Problemlösung. Die Schulen brauchen keine Leer-Stellen auf dem Papier des Landeshaushaltes, sie brauchen

reale Menschen in multiprofessionellen Teams, um die Corona-Lücken zu schließen und Schüler*innen darin zu bestärken, selbstbewusst und selbstwirksam durch die immer komplexer werdende Welt zu gehen.

Wir wollen mit einer Ausbildungsreform und zusätzlichen (Weiter-)Qualifikationsmöglichkeiten endlich alle Schulformen bedarfsgerecht mit Lehrkräften versorgen. Wir entlasten das pädagogische Personal von Verwaltungsaufgaben, damit mehr Zeit fürs Lehren bleibt. Ein modernes Schulsystem braucht eine entsprechende Lehrer*innenausbildung, die Lehrkräfte ausbildet, welche die Individualität der Schüler*innen im Blick hat. Deshalb wollen wir eine Studienreform, die durch duale Elemente und Studiengänge erweitert wird. Mit den Lehrerverbänden wollen wir die überfällige Neubewertung der Lehrerarbeitszeit angehen Deshalb werden wir mit Kulturagent*innen, Inklusionspat*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, Quereinsteiger*innen, Verwaltungskräften, IT-Fachkräften und Administrator*innen sowie Exper*innen aus der Zivilgesellschaft und vielen anderen Menschen dafür sorgen, dass unsere Schüler*innen ein breites Bildungsangebot in allen Schulformen und damit echte Chancen für ihre Zukunft erhalten. Kulturelle Bildung in der Schule soll gestärkt werden. Angebote in Kooperation mit Kulturinstitutionen und der Freien Szene sollen ausgebaut und bedarfsorientiert gefördert werden.

Wir werden die Diversität der Lehrer*innenschaft weiter steigern. Dafür wollen wir insbesondere Menschen mit Fluchterfahrung für die Arbeit an Schulen gewinnen und befähigen. Unnötige Hürden beim Seiten- und Quereinstieg sowie der Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse und Berufserfahrung bauen wir ab.

Grundschulen, aber auch Schulen in herausfordernden Lagen sowie die Berufskollegs , sind besonders vom Lehrer*innenmangel betroffen. Wir wollen die Lehrer*innenversorgung insbesondere auch der Schulen der Sekundarstufe I in herausfordernden Lagen besser steuern und dafür die Möglichkeiten des Personalrechts und der Reduzierung von Unterrichtsverpflichtungen, aber auch finanzielle und laufbahntechnische Anreize nutzen. Dabei haben wir auch die Fach-, Werkstatt- und Technischen Lehrkräfte und die Situation der Seiten- und Quereinsteiger*innen im Blick.

Wir wollen mit einer praxisnahen Ausbildungsreform und zusätzlichen (Weiter-)Qualifikationsmöglichkeiten endlich alle Schulformen bedarfsgerecht mit Lehrkräften versorgen und die Attraktivität im Beruf und Aufstiegschancen erhöhen.
Neben Fortbildungsangeboten aller Art, digitalen, analogen wie hybriden, sollten dabei Vernetzungs- und Kommunikations-angebote im Mittelpunkt stehen, um “peer learning” sowie “co-creative Prozesse” zu ermöglichen.

Die gleiche Besoldung für alle Lehrämter (A13 als Eingangsbesoldung) – nicht nur für die neu ausgebildeten Lehrer*innen – ist unser Ziel.

Wir bauen die ganztägige Bildung aus

Immer noch gibt es in Nordrhein-Westfalen zu wenig Ganztagsplätze in der Grundschule – nur knapp die Hälfte der Grundschüler*innen hat hier Platz. Das werden wir ändern. Dabei geht es nicht nur um den reinen Ausbau, sondern auch um

die Qualität. Guter Ganztag beginnt nicht erst, wenn der Unterricht endet. Deshalb wollen wir, dass Schulen eng in multiprofessionellen Teams zusammenarbeiten. Es darf nicht länger vom Wohnort abhängen, ob Kinder die Chance auf eine beitragsfreie ganztägige Bildung bekommen und ihre Eltern Familie und Beruf vereinbaren können.

Deshalb wollen wir den vom Bund beschlossenen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule für eine breite Ausbauoffensive in unserem Land nutzen. Wir wollen endlich verbindlich festlegen, welche Qualität der Ganztag haben muss – bisher ist dies abhängig von der Finanzkraft der Kommune, den Bedingungen für die im Ganztag Beschäftigen und den Möglichkeiten an der Schule. Es muss selbstverständlich werden, dass Schule mehr ist als Unterricht und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen Zeit und Raum braucht! Dafür verdoppeln wir die Finanzierung des Ganztags auf 4.000 Euro pro Platz und werden mit einem vom Land breit unterstützten Anreizprogramm 200.000 zusätzliche Plätze einrichten, um für den ab 2026 geltenden Rechtsanspruch gut vorbereitet zu sein.

Wir machen Bildung unabhängig vom Geldbeutel

Immer noch hängt Bildungserfolg in Deutschland vom Geldbeutel und der Herkunft der Eltern ab. Die Beschaffung von Lernmitteln, Gebühren in Kitas und Ganztagsschulen, Semesterbeiträge, der Kauf digitaler Endgeräte, Bildungsfahrten und Ausflüge, gesundes Mittagessen – die Kosten sind teilweise immens, die Möglichkeiten staatlicher Unterstützung unübersichtlich und überbürokratisiert. Je geringer das Einkommen, umso höher ist die Belastung der Familien durch diese Kosten. Die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen darf aber nicht vom Geld abhängig sein – schon gar nicht in einem so reichen Land wie Deutschland.

Deshalb wollen wir die Lernmittelfreiheit um eine digitale Lernmittelfreiheit ergänzen. Unser Ziel ist, dass Bildung für Alle beitragsfrei wird. Auf dem Weg dahin werden wir landesweit einheitliche Elternbeitragstabellen für Kitas, Kindertagespflege und offene Ganztagsschulen einführen, die eine gerechte soziale Staffelung der Gebühren und eine Gebührenbefreiung für Geringverdienende vorsehen Wir wollen den gebundenen Ganztag an Grund- und weiterführenden Schulen ausbauen.
Der Ganztag muss qualitativ hochwertig sein. Dazu gehört, dass der Arbeitsplatz attraktiv für multiprofessionelles Personal ist.

So wollen wir den Einstieg in eine beitragsfreie Bildung schaffen und für einen Systemwechsel sorgen: Wir setzen auf frühe Hilfen statt später Reparaturen.

Uns ist wichtig, ungleich zu behandeln, was ungleich ist. Wir werden die staatlichen Mittel zukünftig nach Bedarf und nicht mehr mit der Gießkanne verteilen. Anhand eines soliden und transparenten schulscharfen Sozialindexes werden wir zusätzliches Lehrpersonal, mehr Sozialarbeiter*innen und weitere Stellen und zusätzliche Finanzen verstärkt an die Schulen an herausfordernden Standorten verteilen.

Inklusion: Für inklusive Bildung

Inklusion ist ein Menschenrecht – und Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist Leitlinie unserer Bildungspolitik. Inklusion ist Aufgabe aller Schulformen und ein Gewinn für alle Schüler*innen.

Zugleich ist sie in allen Bereichen der Bildung eine große Herausforderung.. Sie braucht Zeit und Beharrlichkeit. Wir wollen uns dem stellen. Unser Ziel ist weiterhin eine Bildung der Vielfalt: Alle Kinder sind an allen Schulen und an allen Schulformen willkommen und werden zu dem für sie bestmöglichen Abschluss begleitet. Abschulung und (unfreiwillige) Klassenwiederholungen soll es nicht mehr geben. Gelingende Inklusion ist eine Frage der Ressourcen, gemeinsames Lernen ist eine Bereicherung für alle. . Wir werden deshalb alles tun, bei den besonderen Herausforderungen finanziell und personell zu unterstützen, etwa durch fest installierte multiprofessionelle Teams, Sonderpädagog*innen und Fortbildungen sowie über Barrierefreiheit und inklusionsfördernde Raumausstattung in den Gebäuden sowie Inklusionskoordinator*innen auf Schulleitungsebene. Dazu gehören auch landesweite und vom Land finanzierte Baustandards. Auf diesem Weg müssen als Zwischenschritt die Vorreiterschulen besonders ausgestattet werden. Sie sollen an ein kommunales/regionales Unterstützungszentrum direkt mit angebunden sein, in dem Schulpsychologie, Jugend- und Sozialhilfe, Beratung und Fortbildung zur Verfügung stehen. Für Kinder mit Schwierigkeiten beim Lesen, Schreiben und Rechnen schaffen wir die rechtliche Voraussetzungen für eine bestmögliche Unterstützung: Wir überarbeiten den LRS- Erlass und erarbeiten erstmalig für NRW einen Dyskalkulie-Erlass.

Schulen zu Orten ohne Diskriminierung machen

Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Realität im Alltag vieler Menschen, auf der Straße, im Netz und in Institutionen. Sie machen deshalb vor unseren Schulen keinen Halt. Deswegen müssen Schüler*innen und Lehrkräften für Hass, Hetze und sexualisierte Gewalt gerade im Netz sensibilisiert werden.
Und noch immer beeinflussen rassistische Zuschreibungen die Bildungschancen junger Menschen. Wir verstehen Vielfalt und Mehrsprachigkeit als Chance und Potenzial, das wir ausschöpfen wollen. Wir wollen deshalb Demokratiebildung, Sensibilität für Formen und Auswirkungen von Diskriminierung und rassismuskritische Aufklärungsarbeit in den Schulen des Landes verbindlich etablieren und fördern. Wir werden dementsprechende Inhalte in die Fort- und Weiterbildungsplanung aufnehmen. Das schulische Personal soll dabei durch regelmäßige Fortbildungen und Handreichungen in ihrer Handlungssicherheit unterstützt werden. Dazu gehört auch eine geschlechtersensible Sprache.
Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und “Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie” und andere Antidiskriminierungsprogramme und Programme, die die gesellschaftliche Vielfalt fördern, werden wir ausbauen und an strengere und umfangreichere Kriterien binden, welche Rassismus und Diskriminierung nachhaltig entgegenwirken. In den Lehrplänen und Schulbüchern werden wir rassismuskritische Inhalte und die Aufarbeitung der deutschen und europäischen Kolonialgeschichte stärker verankern. Wir werden den kritischen Umgang mit sozialen Medien und deren Inhalten zum Bestandteil der Lehrpläne machen. Zudem werden wir die Diversität der Gesellschaft in den schulischen Inhalten verankern. Politische Bildung muss insgesamt europa- und friedenspolitische Kompetenz fördern und globale Konfliktlagen, die auch Zuwanderungsbiografien prägen, berücksichtigen. Wir wirken der Stigmatisierung und Diskriminierung geschlechtlicher und sexueller Minderheiten entgegen und werden dazu auch die Lehrpläne überarbeiten. Dazu gehört auch ein diskriminierungsfreier Sexualkundeunterricht.

Ausbildung deutlich stärken

Egal ob im Rheinland oder in Ostwestfalen-Lippe, unabhängig vom elterlichen Einkommen, einer Einwanderungsgeschichte oder einer Behinderung: Jugendliche brauchen Perspektiven. Eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung kann eine gute Basis sein, um die eigene Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Dafür werden wir eine Ausbildungsgarantie einführen, die es allen Jugendlichen ermöglicht, einen vollwertigen Berufsabschluss zu erreichen. Wir werden prüfen, inwieweit Unternehmen, die bislang nicht ausbilden, solidarisch an der Ausbildung der Fachkräfte von morgen beteiligt werden können.
In der Berufsorientierung finden Jugendliche Unterstützung bei der Suche nach dem richtigen Ausbildungsberuf. Sie muss an allen Schulformen stattfinden und die Schülerinnen und Schüler abschluss- und geschlechterunabhängig gleichermaßen ansprechen. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des Erfolgsmodells „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ein, fördern weiterhin die Berufseinstiegsbegleitung sowie Programmansätze wie "Kurs auf Ausbildung". Für Menschen mit Behinderungen wollen wir diese weiter stärken und dabei nicht die Behinderung zum Schwerpunkt der Beratung machen.
Damit alle Jugendlichen auch in Krisenzeiten in die Zukunft starten können, wollen wir außerbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten erweitern und jungen Menschen eine Ausbildung garantieren. Wir unterstützen theoriereduzierte Ausbildungen für junge Menschen mit Behinderung und statten Berufsschulen so aus, dass sie diese Auszubildenden adäquat beschulen können. Wir fördern die Möglichkeiten neben beruflichen Qualifikationen auch weiter Schulabschlüsse zu erwerben und stärken dadurch die Bildungsgänge in den Berufskollegs.
Unternehmen profitieren, wenn sie ihre Fachkräfte von morgen ausbilden. Uns ist wichtig, dass nicht nur große, sondern auch kleine und mittelständische Betriebe ausbilden. Wir fördern Verbundausbildungen, an denen sich mehrere Betriebe beteiligen. Können sie wegen ihrer Spezialisierung nicht alle Inhalte der Ausbildung selbst vermitteln, übernehmen die Partnerbetriebe diesen Teil. In die überbetrieblichen Lehrinhalte werden die Themen Digitalisierung und Klimaschutz aufgenommen. Des Weiteren profitieren Auszubildene und Ausbildungsbetriebe von europäischem Austausch. Wir starten eine Informationskampagne über Angebote, die im Kontext von ERASMUS+ zur Verfügung stehen und treten vor allem mit kleinen und mittelständigen Betrieben in den Dialog, um für die Möglichkeiten von ERASMUS+ zu werben.

Ausbildung und Studium schließen sich nicht aus: Wir erleichtern das berufsbegleitende Studium und schaffen mehr duale Studiengänge. Der Meisterabschluss ist in Deutschland und weit darüber hinaus ein Qualitätsmerkmal handwerklicher Arbeit, den es zu erhalten und zu stärken gilt. In unserem Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) ist eine Meisterin oder ein Meister einem akademischen Bachelor gleichgestellt. Der DQR ist bisher nur ein Orientierungsrahmen, der jedoch rechtlich verankert werden sollte, damit das Ziel der Gleichstellung von beruflicher und akademischer Ausbildung auch Eingang in die Realität findet.

Auszubildende unterstützen

Für angehende Auszubildende muss es leichter werden, für ihre Ausbildung in andere Regionen zu ziehen. Wir setzen uns ein für die Errichtung von Lernenden-

Wohnheimen , also gemeinsamen Wohnheimen etwa für Azubis, Studierende und Sprachkursteilnehmer*innen. Azubi-Tickets im ÖPNV wollen wir mit Studierendentickets gleichstellen. Mit einem Ausbildungsfonds, in den alle Unternehmen einzahlen, stellen wir sicher, dass die finanzielle Last verteilt wird. Ausbildungen müssen flexibler werden. Teilzeitausbildungen ermöglichen auch jungen Eltern oder Personen, die aufgrund von Erkrankungen weniger belastbar sind, den Abschluss. Gemeinsam mit den Unternehmen und anderen Akteuren wollen wir benachteiligte Jugendliche besonders unterstützen, um einen Ausbildungsplatz zu bekommen und zu behalten. Ausbildungsbetriebe sollen außerdem die Sicherheit haben, dass die Azubis, die einen ungesicherten Aufenthaltsstatus haben, nicht von einer Abschiebung bedroht werden.

Wir schaffen Sicherheit durch Weiterbildung

Mehr Anschluss mit Abschluss – für alle

Denn jede*r fünfte Schulabgänger*in verbleibt in NRW dauerhaft ohne jede berufliche Qualifikation. Diesem Trend wirken wir mit einem Landesprogramm entgegen, das junge Menschen über ihre beruflichen Möglichkeiten aufklärt und bei der Orientierung hilft. Eine solche Beratung soll auch Azubis offen stehen, die nach ihrer Ausbildung nicht übernommen werden.
In unserer Gesellschaft haben zu viele Menschen keinen Schulabschluss, keine Ausbildung, erheblichen Probleme beim Rechnen, Schreiben und Lesen - den Grundfertigkeiten
für echte gesellschaftliche Teilhabe. Jede und jeder soll das Recht haben, einen Schulabschluss zu erwerben oder eine Ausbildung abzuschließen. Um dies umzusetzen, werden wir die Angebote im Zweiten Bildungsweg - etwa von Volkshochschulen und Einrichtungen in freier Trägerschaft -verstärken und die Berufskollegs zu regionalen Zentren der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung ausbauen und bei Bedarf auch außerbetriebliche Ausbildungsangebote ausweiten. Auch Ausbildungsgehälter und Gehälter nach der Ausbildung müssen deutlich ansteigen. Das Land NRW geht dabei bei seinen eigenen Beschäftigten und Bediensteten mit gutem Beispiel vorran
Das gerade verabschiedete Weiterbildungsentwicklungsgesetz des Landes haben wir mitgestaltet und Bildung für Nachhaltige Entwicklung und die Stärkung der politischen Bildung als Aufgabe in den Weiterbildungseinrichtungen verankert.
Wir werden nun die dauerhafte Dynamisierung der Finanzierung für die gemeinwohlorientierte Weiterbildung festschreiben. Die Angebote sollen inklusive und sozialraumorientiert sein und alle Menschen unabhängig von Herkunft oder Geldbeutel erreichen. Dazu wollen wir auch die Bildungsberatung im Lebenslauf ausbauen. Zu einer auskömmlichen Finanzierung der öffentlich geförderten Weiterbildung gehören auch Honorare für Kursleitungen und pädagogisches Personal in entsprechendem Umfang. Dies dient der Qualitätssicherung von Weiterbildungsangeboten. Ebenso setzen wir uns für die dauerhafte fachliche Unterstützung der Weiterbildungslandschaft durch die Supportstelle Weiterbildung und die Landesorganisationen für Weiterbildung ein. Dabei sind die Berufskollegs, die in staatlicher Verantwortung verbleiben müssen, von zentraler Bedeutung.

Alle Bürger*innen von jung bis alt sollten außerdem kompetent mit der digitalen Verwaltung und mit sozialen Medien umgehen können. Insbesonders bei Senior*innen

bestehen hier Unsicherheit und ein entsprechender Nachholbedarf. Wir fördern deshalb entsprechende niederschwellige Qualifizierungsangebote.

Mehr Fachkräfte von morgen durch bessere Weiterbildungsmöglichkeiten

In vielen Branchen, sei es im Handwerk oder in den sogenannten “Care”-Berufen (pädagogische, Gesundheits- und Pflegeberufe), fehlen Fachkräfte. Mit einer Reform der Meisterausbildung, Meistergründungsprämien und mehr Stipendien erhalten Handwerker*innen bessere Aufstiegschancen.
Wir ermöglichen Qualifizierungen für den Seiteneinstieg in Berufe wie die Kindertagespflege. In den Gesundheits- und Pflegeberufen sind die Anforderungen an die Qualifikationen des Lehrpersonals gestiegen. Wir schaffen berufsbegleitende Qualifizierungsmöglichkeiten zum Beispiel für das Lehrpersonal in der Pflege.

Wir verbessern die Bedingungen für Studium, Forschung und Lehre – mehr Raum für große Ideen

Den Weg zum Studium ebnen

Studieren ist in der Regel ein Vollzeitjob ohne Einkommen und erfordert finanzielle Unterstützung. Viele Studierende müssen ein Studium mit Behinderung oder chronischer Erkrankung bewältigen oder mit Care-Arbeit und anderen Verpflichtungen in Einklang bringen. Dafür brauchen sie finanzielle Unterstützung und flexible Studienmodelle.Wir sehen den Staat in der Verantwortung dafür zu sorgen, dass ein Studium nicht am Geldbeutel oder an anderen sozialen Hürden scheitert. Bei der Preisentwicklung der Semesterbeiträge wollen wir sicherstellen, dass sie für Studierende gut bezahlbar werden. Um mehr Wohnungen für Studierende zu schaffen, fördern wir deren Neubau und Sanierung über erhöhte Zuschüsse an die Studierendenwerke. Um die soziale Infrastruktur an den Hochschulen zu verbessern, erhöhen wir auch die übrigen Zuschüsse an die Studierendenwerke. Mit einer Studienstarthilfe von bis zu 1.000 Euro fördern wir bedürftige Studienanfänger*innen unbürokratisch und schnell. Auch im weiteren Studienverlauf beseitigen wir bestehende Zugangshürden, z.B. indem wir für finanziell benachteiligte Studierende die Kosten für zwingend benötigte Studienmaterialien übernehmen. Dadurch und durch eine verlässliche Unterstützung des NRW-Zentrums für Talentförderung aber auch die zusätzliche Unterstützung für Hochschulen, fördern wir Chancen für alle. Wir bauen das Angebot an Teilzeitstudiengängen aus. Wir stärken die Beauftragten für Studierende mit Behinderung und chronischer Erkrankung und machen Inklusion zur Querschnittsaufgabe in Forschung, Lehre und Administration. Und wir fördern den Ausbau der psychologischen Beratung an Hochschulen und Studierendenwerken. Wir fördern in Bildung und Forschung vielfältige Perspektiven und fördern Talente durch Programme zur Förderung von Diversity Management an Hochschulen. Wir stärken die internationale und interkulturelle Kompetenz, indem wir mehr Studierenden die Teilnahme an Erasmus+ und anderen Austauschprogrammen ermöglichen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die Zulassungsvoraussetzungen für Bachelor- und Masterstudiengänge transparenter kommuniziert werden.

Wir verbessern die Lehre an Hochschulen in NRW für alle

Wir wollen die Lehre an den Hochschulen in NRW für alle verbessern und insgesamt inklusiver gestaltetn. Dafür wollen wir die Betreuungsrelation massiv verbessern. Wir fördern die barrierefreie Lehre unter anderem durch die Anschaffung von Induktionsschleifenanlagen und barrierefreier Einrichtung. Wir schaffen die Anwesenheitspflichten wieder ab und setzten uns für die Abschaffung von Letztversuchsregeln ein um die (psychische) Belastung von Studierenden zu senken. Wir stärken die Stellung des Senats gegenüber Hochschulrat und Rektorat und machen die viertelparitätische Besetzung im Senat, soweit rechtlich möglich, wieder zum Standard. Nachteilsausgleiche wollen wir Studierenden-freundlicher ausgestalten. Die Interdisziplinarität der Lehre und den Austausch zwischen den Fächern fördern wir unter anderem über die Möglichkeit eines Studium Generale. Das Praktische Jahr im Medizinstudium gestalten wir, im Rahmen unserer Kompetenzen, NRW-weit und insbesondere an den Universitätskliniken fairer und Studierendenfreundlicher.
Wir schaffen berufsbegleitende Studienplätze und Teilzeitstudiengänge zum Beispiel für das Lehrpersonal in der Pflegeausbildung und in anderen Gesundheitsfachberufen.

Gute Arbeitsbedingungen an NRW-Hochschulen

Gute Lehre für Studierende und bahnbrechende Forschung sind nur möglich, wenn die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen stimmen. Mit Geldern von Land und Bund, klaren und verbindlichen rechtlichen Rahmenbedingungen und Unterstützung für Vereinbarungen vor Ort fördern wir gute Arbeitsbedingungen und planbare Karrierewege an den Hochschulen unseres Landes. Dazu gehören vor allem Dauerstellen für Daueraufgaben, planbare Qualifikationsverläufe, einschließlich der Anstellungen für die volle Dauer von Promotions- und Habilitationsphasen, neue Karrierewege abseits einer Professur sowie Wiedereinstiegsmöglichkeiten.. Studentische Hilfskräfte brauchen einen eigenen Tarifvertrag und eine gesetzlich verankerte Personalvertretung mit gleichwertigen Personalvertretungsrechten an den Hochschulen. Wir wollen mehr Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und Juniorprofessuren, für die nach einer erfolgreichen Bewährungszeit eine unbefristete Professur garantiert wird. Wissenschaftliche Karrieren von Frauen unterstützen wir mit einem Mentoring- und Stipendienprogramm für Promotionen und Habilitationen. Besetzungskommissionen sollen quotiert besetzt werden. Gute Arbeit braucht auch eine starke Mitbestimmung. Wir stellen rechtlich sicher, dass die Vertreter*innen von Beschäftigten und Studierenden in den Hochschulgremien, zum Beispiel durch ein studentisches, ehrenamtliches Rektoratsmitglied, angemessen mitbestimmen können. Als Beitrag für gute Arbeitsbedingungen und Klimaschutz ermöglichen wir den Beschäftigten an den Hochschulen Jobtickets für Bus und Bahn.

Wissenschaft nachhaltig machen

Ohne die Wissenschaft könnten wir die Klimakrise weder verstehen noch Lösungen finden. Umso wichtiger ist es, dass Hochschulen sich selbst als Vorreiter und Vorbilder für Klimaneutralität verstehen. Wir richten daher ein Programm für eine klimaneutrale Wissenschaft bis 2035 ein. Dazu gehört ein Modernisierungsprogramm, das den Sanierungsstau in der Wissenschaft abbaut. Wir

fördern die Einrichtung von Green Offices mit studentischer Beteiligung an den Hochschulen, die als zentrale Anlauf- und Vernetzungsstellen zum Thema Nachhaltigkeit fungieren. Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerke werden damit klimagerecht mit hohen, zukunftsfähigen Standards saniert und zukünftig barrierefrei und inklusiv gebaut. Bei Bauprojekten sollen Hochschulen paritätisch besetzte, begleitende Baukommissionen einsetzen können. Wir wollen die Lehre nachhaltig machen, indem mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Studiengängen vermittelt wird. Dafür fördern wir einen öffentlichen Dialog mit allen Akteur*innen an den Hochschulen. Damit wir noch bessere Instrumente und Wege zur Klimaneutralität finden, richten wir einen Teil der Forschungsförderung des Landes zeitweise auf diesen Schwerpunkt aus. Wir setzen uns für einen besseren Transfer von Wissen zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft ein.
Globale Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam lösen. Deshalb fördern wir in Studium, Forschung und Lehre die internationale Vernetzung und Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Dabei setzen wir Schwerpunkte auf Themen wie Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Sozialer Zusammenhalt und Pandemiebekämpfung.

Forschung ‚Made in NRW' fördern

Wie löst die Gesellschaft soziale Probleme? Wie werden Konflikte und Kriege verhindert? Was kann die Wirtschaft machen, um das Klima zu schützen? Antworten darauf liefert Forschung ‚Made in NRW'. Das unterstützen wir mit einer besseren Finanzierung der Institute der „Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft". Die Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärken wir durch eine Reduzierung der Lehrverpflichtung von Professor*innen, mit zusätzlichen Professuren und Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen. Wir sichern wissenschaftlichen Nachwuchs dieser Hochschulen durch eine verlässliche Finanzierung des „Promotionskollegs NRW". Wir fördern Gender Forschung.Die Friedens- und Konfliktforschung, einschließlich der naturwissenschaftlich-technischen, fördern wir dauerhaft mit angemessenen Mitteln und einem landesweiten Netzwerk. Dass öffentlich geförderte Forschung transparent ist und dem Frieden dient, stellen wir über die Wiedereinführung der Zivilklausel rechtlich sicher. Kooperationen mit Partner*innen in autoritären Regimen müssen auf unsere freiheitlichen Werte aufbauen und Forschung und Lehre darf nicht durch externe Einflussnahme eingeschränkt werden.Die Forschung an alternativen Methoden zu Tierversuchen unterstützen wir, um die Anzahl der Tierversuche in der Wissenschaft weitgehend zu reduzieren. Wir stärken diejenige Forschung, die den Weg in eine echte Kreislaufwirtschaft eröffnet, hin zu Recycling, nachhaltigen Materialien und Produkten. Forschung und Lehre zur Ökologie des Waldes fördern wir besser und setzen uns dafür ein, dass nachhaltige und soziale Wirtschaftswissenschaften wie z.B. die Plurale Ökonomik mehr berücksichtigt werden. Vor dem Hintergrund des von der Bundesregierung geplanten Zentrums für Alternsforschung wollen wir dieses wichtige Forschungsfeld in NRW weiter profilieren.

Für nachhaltige Transformation und die Lösung gesellschaftlicher Probleme bilden starke Forschung und Lehre in den Geistes-, Kultur und Sozialwissenschaften eine wichtige Grundlage. Wir fördern diese langfristig und legen besonderen Wert auf ihre Einbindung in interdisziplinäre Projekte.

Digitalisierung, die dem Menschen dient – aus unseren Hochschulen in die Welt

Nur ein kleiner Teil der digitalen Technologien und Anwendungen kommt aus Europa. Das führt zu Abhängigkeiten und Konflikten, etwa wenn andere Länder und Unternehmen ein deutlich anderes Verständnis von Datenschutz haben als wir. Daher wollen wir die interdisziplinäre Digitalisierungsforschung, vor allem auch in Bezug auf soziale und ethische Aspekte sowie Technikfolgenabschätzung, und die Entwicklung digitaler Lösungen in NRW stärker fördern. Insbesondere IT-Sicherheit, Data Science, Sicherheit und neue Quantentechnologien werden dabei gezielt unterstützt. Wir fördern die Forschung und Entwicklung zu Künstlicher Intelligenz (KI) erheblich stärker, insbesondere in den Bereichen Nachhaltigkeit, Verwaltung und Mittelstand. Dabei setzen wir auf eine solche KI, die daten- und energiesparsam sowie im Ergebnis diskriminierungsfrei ist und die unserem Datenschutzniveau entspricht. Wir fördern die Digitalisierung der Wissenschaft in Forschung, Lehre, Verwaltung, Infrastruktur und Services. Das beinhaltet den Weg zu einer Open Science, mit offenem Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen, Forschungsdaten und Bildungsmaterialien sowie der Nutzung von Open-Source-Software. In Ergänzung sollen Studium in Präsenz und digitales Lernen sinnvoll kombiniert und weitere digitale Formate und Innovationen eingeführt werden. Durch problem- oder projektorientierte Gestaltung wird das forschende und selbstständige Lernen gestärkt. Hochschuldidaktische Initiativen werden gefördert.